

# ***Solidarität mit Afrin***

Verabschiedet an der Jahresversammlung vom 17./18. März 2018 in Bern

Seit dem 20. Januar 2018 steht die Region Afrin in Kurdistan unter konstantem Bombenhagel durch die türkische Armee.

Bekannt für ihren unbändigen Willen nach Freiheit, Frieden und sozialer Gerechtigkeit, hat diese Region mit kurdischer Mehrheit eine Regierung aufgestellt die der türkischen PKK nahesteht, organisiert von der Partei der demokratischen Union, mit einer ökosozialistischen und feministischen Orientierung. Im aktuellen Kriegsdurcheinander in Syrien repräsentiert die autonome Region Afrin die einzige gute Perspektive aus diesem hässlichen Krieg.

Nachdem die Daesh tapfer zurückgedrängt wurden (zur internationalen Zufriedenheit), wird die Region nun brutal vom türkischen Staat angegriffen. Aus Angst vor einem geeinten Kurdistan möchte Erdogan die kurdische Bewegung stoppen, auch über seinen Grenzen hinaus. So sind es die Menschen Afrins, die die katastrophalen Folgen spüren, wenn mächtige F16 und feindliche Panzer alles auf ihrem Weg zerstören. In völliger Unmenschlichkeit und Verletzung des humanitären Völkerrechts wurden bereits 180 Zivilist\*innen von Erdogans geostrategischen Launen getötet.

Dieselben Marotten verstärken auch die Gefahr eines größeren internationalen Konflikts mit einer hypothetisch direkten Konfrontation zwischen einem NATO-Land und der direkten syrischen Autorität, die von der regionalen Macht des Iran angeführt wird.

Jede Bombardierung ist eine Schande, jeder Krieg ist skandalös und jeder Tod ist in den Augen der Menschheit eine Schande. Was zur Zeit in Afrin passiert, zählt zu den dunkelsten Stunden der Menschheit: Ein Volk das verbrannt wird und im eigenen Blut ertrinkt, nur weil sie ihr eigenes Schicksal in die Hand nahmen und einen Ausweg suchten aus dem unendlichen Krieg.

Als Reaktion darauf unterstützt die JUSO alle Aktionen gegen die türkischen Gräueltaten und fordert:

- Der Bundesrat muss den türkischen Botschafter dringend dazu auffordern, diese Invasion zu verurteilen und seine Sorge um Zivilist\*innen und Geflüchtete zum Ausdruck zu bringen.
- Der Bundesrat muss sofort ein Moratorium für Waffenexporte in den mittleren Osten und auf die arabische Halbinsel erlassen.
- Der Bundesrat verpflichtet sich neben der internationalen Gemeinschaft zur Einrichtung sicherer Gebiete und einer Flugverbotszone in Nordsyrien.
- Die Schweizerische Bevölkerung soll sich mit den Kurd\*innen und allen anderen Bewohner\*innen von Afrin solidarisieren und die türkische Militärinvasion verurteilen.
- Die Medien müssen besser über die aktuelle Situation berichten.